

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

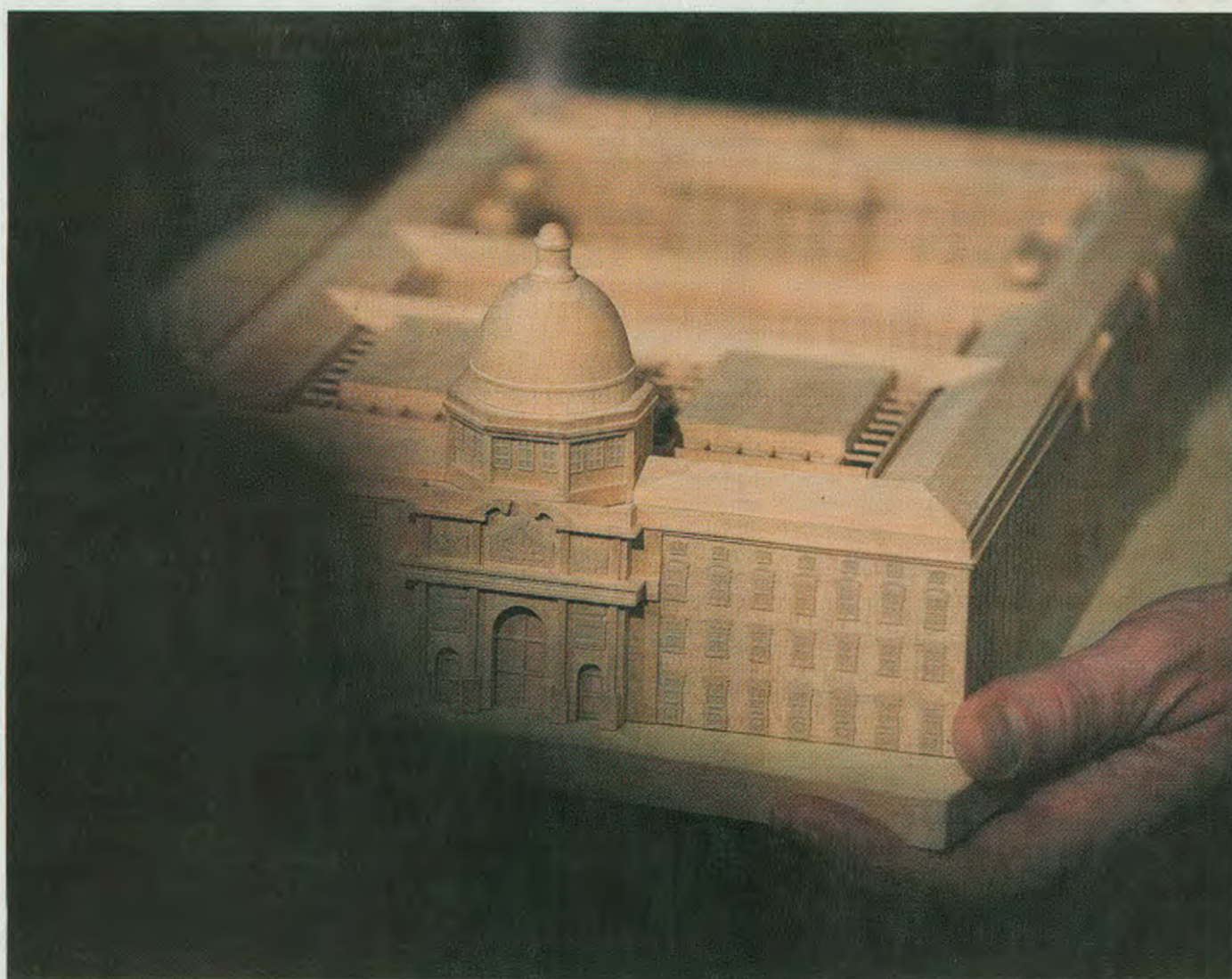
Samstag, 29. November 2008 • Nr. 280/48 D 1

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

1,90 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Francesco Stella errichtet das Berliner Schloss

kiL. BERLIN, 28. November. Der italienische Architekt Francesco Stella hat den Wettbewerb für den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlösses gewonnen. Stellas Entwurf sieht den Bau einer Kuppel nach dem Vorbild Friedrich August Stülers und die Rekonstruktion der drei Barockfassaden aus dem 18. Jahrhundert vor. Die Ostfassade zur Spree wird mit verglasten Gängen als Besuchergalerie gestaltet. Eine Passage zwischen einem Nord- und einem Südtor öffnet den Schlossbau zur Museumsinsel und zum Berliner Stadtzentrum hin. Die aus acht Architekten und sieben Politikern bestehende Jury entschied sich einstimmig für den Entwurf des Italieners. Bundesbauminister Tiefensee (SPD) erklärte, die Jury habe mit ihrer Entscheidung den Auftrag des Bundestages erfüllt. Der Juryvorsitzende Vittorio Lampugnani sagte, er wäre über „etwas offenere Vorgaben“ für den Wettbewerb „glücklicher gewesen“, lobte aber den Siegerentwurf als Lösung, die moderne und klassische Bautraditionen fortführe und verbinde. Neben Francesco Stella wurden die Architekten Eccheli und Campagnola (Verona), Christoph Mäckler (Frankfurt) und die Berliner Büros Kleihues und Kleihues sowie Kollhoff Architekten mit je einem dritten Preis ausgezeichnet. Ein Sonderpreis ging an einen Entwurf des Berliner Architektenduos Kuehn und Malvezzi, der anstelle einer Kuppel ein gewölbtes Glasdach vorsieht.



Ans Licht – Die Diskussion über die Gestaltung des Platzes, wo einst das Berliner Stadtschloss und später der „Palast der Republik“ der DDR stand, hat viele Jahre gedauert und viele Menschen viel Energie gekostet. Jetzt weiß man, wie sich der Architekt Francesco Stella aus Vicenza die Zukunft des Geländes vorstellt. Der Bundesbauminister präsentiert das Modell. Foto Christian Thiel

Das Schloss geht auf

Von Andreas Kilb

Der Entwurf des Italieners Francesco Stella für den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlösses ist auf den ersten Blick bestechend. Statt das Schloss durch einen Querbau, wie er vor der Sprengung im Jahr 1950 bestand, in zwei annähernd gleiche Hälften zu teilen, zerlegt er das Mittelgebäude in schlanke Galerien, zwischen denen eine breite Passage hindurchführt. Sie verbindet zwei Tore der Barockfassade miteinander. So bekommt der neue Großbau eine Öffnung zur Stadt, die seinen Charakter als Schatzhaus der Republik, als Bürgerschloss, architektonisch sichtbar macht. Seit fünfzehn Jahren wird um dieses Schloss gerungen. Die einstimmige Entscheidung der Wettbewerbsjury, die nach den Kampagnen und Gerüchten der letzten Wochen fast überraschend kommt, ist aber nur eine Etappe auf dem langen Weg zu dem Bau, der in vier bis fünf Jahren, wenn alles gutgeht, auf dem Berliner Schlossplatz stehen wird. Der Bundestag hat mit seinem fraktionsübergreifenden Beschluss vom Juli 2002 den Weg zur historischen Rekonstruktion des Hohenzollernschlösses vorge-

zeichnet. Es ist verständlich, dass die Architekten in der Wettbewerbsjury, an ihrer Spitze Stellas Landsmann Vittorio Lampugnani, die Bestimmungen der Ausschreibung als Einschränkung empfanden. Aber bei diesem Projekt ging es nicht darum, ein spektakuläres architektonisches Zeichen zu setzen. Es ging darum, in der Mitte Berlins ein Gebäude zu errichten, in dem sich das wiedervereinigte Deutschland erkennen kann und auch in Zukunft erkennen wird. Der Entwurf Francesco Stellas erfüllt diese Aufgabe in beeindruckender Weise.

Nach der ästhetischen Debatte beginnt jetzt die Nutzungsdiskussion. Die Stiftung Preussischer Kulturbesitz will den Neubau gemeinsam mit der Humboldt-Universität und der Berliner Zentral- und Landesbibliothek bespielen. Aber die Vision eines „Humboldt-Forums“ für außereuropäische Kulturen, die der damalige Stiftungspräsident Klaus-Dieter Lehmann vor sechs Jahren entwickelte, ist noch immer so vage, dass von einer verantwortlichen Planung keine Rede sein kann. Lehmanns Nachfolger Hermann Parzinger hat jetzt die Aufgabe, aus dem Luftschloss der Weltkulturen ein schlüssiges Museumskonzept zu machen. Das wird auch der Schlüssel zum Stadtschloss sein. Oder man macht einen ganz neuen Plan.

In der Vertrauensfalle

Von Holger Steltzner

Die Vertrauenskrise ist von den Finanzmärkten auf die Verbraucher, die Unternehmen und sogar einzelne Staaten übergelagert. Einbrechende Märkte und verzweifelte staatliche Rettungsaktionen schüren das Gefühl allgemeiner Verunsicherung. Erinnerungen an die Depression des vergangenen Jahrhunderts werden wach. An den Kapitalmärkten geht schon das Schreckgespenst der Deflation um, die Renditen amerikanischer Staatsanleihen liegen kaum höher als ein Prozent.

Es droht eine globale Rezession. Der Abschwung erfasse die ganze Welt, warnt der Internationale Währungsfonds. Der Einbruch des Weltmarktes trifft Deutschland als Exportnation empfindlich. Die Volkswirtschaft befindet sich im stärksten Abschwung der Geschichte der Bundesrepublik, sagt der Vorsitzende des Sachverständigenrats, Rürup. Eine schnelle Erholung werde es nicht geben, der Tiefpunkt komme erst im nächsten Jahr, prognostiziert Bundesbankpräsident Weber.

Regierungen auf der ganzen Welt schnüren Konjunkturprogramme. Die Beträge machen schwindelig. Die EU-Kommission schlägt Staatsausgaben von insgesamt 200 Milliarden Euro vor. Das Konjunkturpaket der Bundesregierung, das sie so nicht nennen möchte, beläuft sich auf 23 Milliarden Euro. Hinzu kommen Kapital und Bürgschaften für Banken. Der Bund spannt einen Schirm von 500 Milliarden Euro über heimische Institute. Insgesamt haften die Länder des Euro-Raums mit 1900 Milliarden Euro für die Banken. Das ist ein Fünftel der jährlichen Wirtschaftsleistung. Trotz dieser Hilfen treten die Banken im Kreditgeschäft auf die Bremse, sie verteuern oder kündigen sogar Firmenkredite. Die Flut schlechter Unternehmensnachrichten steigt an. Auch mit der Geldpolitik wird gegengesteuert. Notenbanken haben die Zinsen gesenkt und die geldpolitischen Schleusen geöffnet. Dennoch drohen einige Akteure im Meer der Liquidität zu verdurstern.

Steckt die Wirtschaft in einer keynesianischen Liquiditätsfalle? Wird zusätzliches Geld gehortet, wird aus Angst gespart? So schlimm ist es noch nicht. Noch beeinflusst die Geldpolitik die Kapitalmarktinzinsen. Noch zeigt sich der Binnenkonsum im Abschwung stabil, der zuvor wegen der Anhebung der Mehrwertsteuer im Aufschwung flach wie ein Brett geblieben ist. In vielen Bereichen ist der wirtschaftliche Temperatursturz noch nicht zu spüren. Dazu trägt die gute Lage am Arbeitsmarkt bei, mit mehr Erwerbstätigen als jemals zuvor. Stützend wirkt zudem der sinkende Ölpreis: Er ist das größte Weltkonjunkturprogramm.

Präsident Sarkozy in Frankreich und Premierminister Brown in Großbritannien blühen in der Rolle der hyperaktiven Krisenmanager geradezu

auf. Sie wollen die Welt nicht nur vor der Finanzkrise, sondern auch vor der Rezession retten. Das ist eine gefährliche Selbstüberschätzung. Selbst die beste Wirtschaftspolitik kann den Abschwung nur dämpfen. Der Staat kann die wegbrechende Nachfrage nicht ersetzen, er kann auf Dauer keine Arbeitsplätze schaffen, und er kann die Leute nicht zwingen, zu konsumieren oder zu investieren.

Rettungseinsätze mit Finanzpolitik sind tückisch. Viele Länder haben damit schlechte Erfahrungen gemacht. Meist greifen Stimulierungspakete zu spät und wirken dann prozyklisch. Regelmäßig wird die versprochene Rücknahme gestiegener Staatsausgaben später politisch unmöglich. Die Bundesregierung sollte ihr Konjunkturpro-

Was bleibt, wenn auch noch das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit des Staats verlorengeht?

gramm in Höhe von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts wirken lassen. Aber Bundeskanzlerin Merkel sollte nicht länger darauf bestehen, über Steuerentlastungen nur für die Zeit nach der Wahl zu sprechen. Taktische Überlegungen für den Wahlkampf der Union müssen jetzt zurücktreten. Die große Koalition sollte rasch ihre Mehrwertsteueranhebung zurücknehmen oder endlich den Solidaritätszuschlag zur Einkommensteuer abschaffen. Den Leuten muss wieder mehr Geld im Portemonnaie bleiben. Sie wissen besser, wofür sie es ausgeben sollen. Für den Fall hartnäckiger Konsumverweigerung – in der Steuerentlastungen wenig helfen – sollten detaillierte Pläne vorbereitet werden, um bei Bedarf schnell und sinnvoll in Infrastruktur und Bildung investieren zu können. Das zweite Konjunkturprogramm darf allerdings nur verabschiedet werden, wenn eine Schuldenbremse im Grundgesetz verankert wird, weil hohe Staatsschulden das langfristige Wachstum beschnitten.

Die Weltwirtschaft kämpft mit den Folgen einer gigantischen Schuldenblase. Der Versuch, diese mit noch mehr Schulden zu bekämpfen, ist riskant. Wie jeder Kreditnehmer weiß, können hohe Schulden nur langsam abgebaut werden, wenn Schuldner und Gläubiger nicht umfallen sollen. In diesem Abschwung schauen sich Unsicherheit und Pessimismus auf – verstärkt durch mediale Aufgeregtheit. Hier wird greifbar, wie sehr Wirtschaft auch Psychologie ist. In der Finanzkrise hat der Staat als letzter Vertrauensspender panische Märkte beruhigen können. In der Wirtschaftskrise muss der Staat aufpassen, sich nicht zu überfordern. Denn was bliebe, wenn auch noch das Vertrauen in den Staat und seine Zahlungsfähigkeit verlorengehe?

HEUTE

Eine Welt ist nicht genug

Bei den Paralympics läuft Oscar Pistorius fast schon außer Konkurrenz. Sein größtes Ziel aber, die Teilnahme an Olympischen Spielen, hat er noch nicht erreicht. **Sport, Seite 32**

Ärzte für Bhutan

Welten liegen zwischen den Ministern mit Hochschulabschluss in der Hauptstadt Thimphu und den Nomaden, die nicht lesen können. Für diese wurden immerhin mobile Gesundheitsstationen geschaffen. **Politik, Seite 3**

Die Problemlöser

Immer dieselben Fachleute werden in Deutschland im Fernsehen befragt, wenn ihr Thema Erklärung verlangt. Als ständige Begleiter der Publikums reduzieren sie komplexe Zusammenhänge. **Wirtschaft, Seite 13**

Verräterische Blutspuren

Ski-Langläufer und Radprofis müssen zittern. Einigen von ihnen droht der „indirekte Dopingbeweis“. Wer diesen nicht ernst nimmt, sagt ein schwedischer Experte, ist dumm. **Sport, Seite 31**

Dem Künstler auf der Spur

Aus den besten Museen der Welt wurden fünfzig Meisterwerke zusammengetragen: Das Frankfurter Städel glänzt mit bestechend schönen Gemälden der Niederländer um 1400. **Feuilleton, Seite 33**

Wozu studieren?

Bildungsabschlüsse gelten als Schlüssel zum Aufstieg, und Politiker wie Forscher fordern eine höhere Akademikerquote. Dabei fühlen sich viele für ihre tatsächliche Arbeit überqualifiziert. **Beruf und Chance, Seite C 1**

Mitteilung des Verlags: Reiseanzeigen auf Seite 17; Automarktanzeigen auf Seite 49. **19 Seiten Stellenanzeigen** auf den Seiten C 7 bis C 25; Index auf Seite C 26. **Druckauflage: 510 256 Exemplare**

Indien sieht „Verbindungen“ der Terroristen nach Pakistan

Islamabad bietet Ermittlungszusammenarbeit an / Weiter Kämpfe in Bombay

job. DELHI, 28. November. Die Angriffe islamischer Terroristen auf das Zentrum der indischen Stadt Bombay haben weitere Todesopfer gefordert. Nach Teilräumungen mehrerer von den Terroristen besetzten Gebäuden durch indische Sonderheiten beliefen sich die Schätzungen am Freitag auf mehr als 130 Tote. Mindestens vier von ihnen sind deutsche Staatsbürger, teilte das indische Innenministerium mit. Auch unter den mindestens 25 Verletzten Ausländern befinden sich nach Behördenangaben Deutsche. Am Abend dauerten die Kämpfe im Hotel „Taj Mahal“ und in einem Wohn- und Geschäftshaus in Bombay an.

Am Freitag kursierten widersprüchliche Meldungen über den Stand der „Operation Black Tornado“. Mehrmals erklär-

ten offizielle Stellen die Kämpfe in verschiedenen Gebäuden für beendet, bevor sie wieder aufflackerten. Am Freitagmorgen war es den Sicherheitskräften gelungen, mehr als 90 Gäste aus dem „Oberoi Trident“ zu befreien, unter ihnen zwei Angehörige des Auswärtigen Amtes und Angestellte der Lufthansa. Die Lage in dem Hotel wirkte am Freitagabend unter Kontrolle. Bei der Teil-Erstürmung des Nariman-Hauses fanden die Soldaten fünf getötete Geiseln, die vermutlich Mitglieder des jüdischen Gemeindezentrums waren. Ein Sprecher des Einsatzkommandos berichtete von Dutzenden Leichen, die noch am Freitag in den Hotels gefunden worden seien. Unklar war, ob diese bereits Bestandteil der behördlichen Schätzungen gewesen waren. Wie viele Geiseln

sich noch im Nariman-Haus und im Hotel „Taj Mahal“ in der Hand der Terroristen befanden, war ebenfalls ungewiss.

Der indische Außenminister Mukherjee sagte am Freitag, dass „Elemente mit Verbindungen nach Pakistan“ hinter den Angriffen auf die indische Finanzmetropole steckten. Die Regierung in Islamabad warnte zwar davor, „die Politik mit ins Spiel zu bringen“, verzichtete aber auf aggressive Reaktionen. Der pakistanische Außenminister Qureshi, der sich derzeit in Indien aufhält, nannte den Terrorismus eine gemeinsame Herausforderung. Der pakistanische Präsident Zardari bot der indischen Regierung eine Mitarbeit bei den Ermittlungen in Bombay an. (Fortsetzung und weiterer Bericht Seite 2, siehe Wirtschaft, Seite 12.)

BKA-Gesetz kommt in den Vermittlungsausschuss

Bundesrat lehnt Entwurf ab / Schäuble: Breite Zustimmung für mehr Befugnisse des BKA

pca. BERLIN, 28. November. Der Bundesrat hat am Freitag den Entwurf des Gesetzes zur Erweiterung der Aufgaben des Bundeskriminalamts (BKA) abgelehnt. Damit bleibt es dem BKA einseitigen verwehrt, vorbeugend zur Abwehr von Gefahren durch den internationalen Terrorismus tätig zu werden. Um das Vorhaben zu retten, wollen nun innerhalb der SPD Politiker von Bund und Ländern miteinander Änderungsansätze absprechen; sodann will die große Koalition gemeinsam einen Vorschlag unterbreiten, der auch die Zustimmung von Bundesländern mit SPD-Regierungsbeteiligung finden kann.

Länder wie Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein verweigerten dem Gesetzentwurf ebenso ihre Zustimmung wie Länder, in denen FDP, Grüne

oder Linkspartei mitregieren. Nun soll der Vermittlungsausschuss angerufen werden; sollte es zu einer Einigung kommen, könnte das Gesetz Bundestag und Bundesrat noch vor den Weihnachtsfeiertagen abgemalt vorgelegt werden.

Bundesinnenminister Schäuble (CDU) warb vor dem Bundestag abends für die Erweiterung der Befugnisse des BKA. Diese sei eine Notwendigkeit, die sich nach übereinstimmender Auffassung von „wenigstens 15 der 16 Länder“ etwa aus den Ermittlungen gegen die sogenannte „Sauerland-Gruppe“ ergeben habe. Schäuble hob jedoch hervor: „Auch wenn das Gesetz nicht zustande kommt, bleibt das Land dank der engen Kooperation von Bund und Ländern ein sicheres Land.“ Die Opposition von FDP, Grünen und

Linkspartei zeigte sich hocherfreut über die Bundesratsentscheidung. Der FDP-Vorsitzende Westerwelle sagte, die Länderkammer habe sich als „verfassungspolitisches Gewissen der Nation bewiesen“. Es sei gut, dass die Zeiten vorbei seien, „wo Schwarz-Rot einen Durchmarsch gegen unser Grundgesetz und gegen die Bürgerrechte gelingen konnte“, äußerte Westerwelle. Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Künast teilte mit, der Bundesrat habe „zu Recht die Notbremse gezogen“. Schäubles Angriff auf die Demokratie und „den Rest an Privatheit“ sei gescheitert.

Für den Fall, dass ein BKA-Gesetz in Kraft tritt, hatte die Opposition schon angekündigt, das Gesetz vom Bundesverfassungsgericht überprüfen zu lassen. (Fortsetzung und weiterer Bericht Seite 2.)

Seehofer sagt Teilnahme an CDU-Parteitag ab

ff. MÜNCHEN, 28. November. Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Seehofer wird nicht an dem CDU-Parteitag in Stuttgart in der nächsten Woche teilnehmen. Die sehr ernste Lage der Bayern LB erfordere seine Anwesenheit in München, sagte Seehofer am Freitag. Er stellte einen Plan zur Stützung der Bayern LB vor, mit dem das Land zum Mehrheitseigentümer der Bank werden soll. Dazu will das Land Kredite aufnehmen. (Siehe Seite 4 sowie Wirtschaft, Seite 11.)

Inflationsrate sinkt, Arbeitslosigkeit steigt

ppl. FRANKFURT, 28. November. Die Inflationsrate ist im November stark gesunken. Die Verbraucherpreise lagen im Euro-Raum nur noch 2,1 Prozent über dem Vorjahresniveau, teilte das Statistikkamt Eurostat mit. Im Vormonat waren es noch 3,2 Prozent. Grund für den Rückgang war vor allem der stark gesunkene Preis für Rohöl. Unterdessen hat die Wirtschaftskrise die Arbeitslosenquote auf 7,7 Prozent im Durchschnitt des Euro-Raums steigen lassen. (Siehe Wirtschaft, Seite 12.)

Berlin fordert Freilassung von BND-Mitarbeitern

pca. BERLIN, 28. November. Die Bundesregierung hat am Freitag abends die baldige Freilassung der drei im Kosovo inhaftierten BND-Mitarbeiter gefordert. Der stellvertretende Regierungssprecher Steg dankt dem Vorsitzenden des Parlamentarischen Kontrollgremiums Oppermann (SPD) für „klare Worte“, die dieser gefunden habe. Oppermann hatte unter anderem gesagt, die Deutschen würden „rechtsstaatswidrig“ und unter „unmenschlichen Bedingungen“ festgehalten.

Bilder und Zeiten

21

Der Sternhimmel

8

Die Lounge

14

Sport

30

Kunstmarkt

45

Briefe an die Herausgeber

9

Unternehmen

16

Feuilleton

33

Motormarkt

50

Zeitgeschehen

10

Wetter

20

Schallplatten und Phono

40

Beruf und Chance

C 1

Wirtschaft

11

Finanzmarkt

21

Medien

21

Deutschland und die Welt

C 7

Menschen und Wirtschaft

13

Kurse

24

Fernsehen und Hörfunk

41



4 190295 401906

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Postanschrift für Verlag und die Redaktion: 60 267 Frankfurt am Main, Abonnenten-Service: 01 80 - 234 46 77, siehe auch Seite 4. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de

Belgien 2,80 € / Dänemark 21 dkr / Finnland, Frankreich, Griechenland 2,80 € / Großbritannien 2,30 € / Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande 2,80 € / Norwegen 26 nkr / Österreich 2,80 € / Portugal (Cont.) 2,80 € / Schweden 27 skr / Schweiz 4,30 sfr / Slowenien 2,80 € / Spanien, Kanaren 2,80 € / Ungarn 600 Ft